Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 1 (1960)

Heft: 4

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

200 000 Studenten

DDR meldet Rekordjahr

Die Deutsche Demokratische Republik gibt im Bericht des Ministerrates über den Volkswirtschaftsplan 1959 Zahlen über die Förderung der Bildung an, die zwar zum Teil ohne Vergleichsbasis dastehen, aber an und für sich eindruckweckend sind.

Es wurden 16,8 Milliarden DM-Ost oder 37,7 Prozent der Staatsausgaben für die Förderung der «sozialistischen Nationalkultur» — dazu gehört die Inland-Propaganda — für Volksbildung, Berufsausbildung, Erwachsenenschulung, Fach- und Hochschulen sowie Gesundheits- und Sozialwesen ausgegeben.

An Universitäten und Hochschulen wurden 25 800 Studenten neu aufgenommen, an Fachschulen 64 800. Damit, sagt der Bericht, betrug die Zahl der Studierenden am Anfang des Studienjahres 1959/60 an Universitäten und Hochschulen 90 500, an Fachschulen 127 700.

Mit Beginn des laufenden Schuljahres wurden 68 000 Schüler in die (fakultative) neunte Klasse der «allgemeinbildenden technischen Oberschule» und 21 000 in die neunte Klasse der «erweiterten Oberschule» aufgenommen.

Damit werden, fährt der Bericht fort, 64 Prozent aller Schüler nach Abschluss der achten Klasse an diesen Schulen weiter ausgebildet.

Die Ausbildung in diesen fakultativen Klassen ist hauptsächlich technisch - handwerklich. Sie bildet die Grundlage zur Ausbildung späterer Facharbeiter.

PEKING ÜBERTRIEB

Afro-Asiaten entwickeln spontan eigene Abwehr

Auch in Asien und Afrika sind gesunde Gegenkräfte zum Kommunismus am Werk, nicht nur in den entwickelten Ländern Europas und Amerikas.

Diese Woche treffen sich in der indischen Hauptstadt Intellektuelle und Politiker aus 30 Ländern Asiens und Afrikas. Initiant ist der indische Sozialist P. J. Narayan. Hauptthema: «Die militärische Aggression Rotchinas in Tibet und die Zerstörung menschlicher Rechte und Werte.»

Für den Schutz persönlicher Freiheiten und einen Wohlfahrtsstaat gemischter Wirtschaft setzt sich die diesen Monat gegründete Sozialdemokratische Partei Japans ein. Ihr Gründer, Suehiro Nishio, ist unter dem Druck militanter Linkssozialisten als Generalsekretär der Sozialistischen Partei Japans ausgetreten.

Er sucht nach dem Beispiel der britischen Labourpartei einen «mittleren Weg» und Unterstützung «beim ganzen Volk, statt bloss bei Gewerkschaften».

Für Südafrika nahen die entscheidenden Stunden

Zwei Tage vor seiner Abreise aus Südafrika sprach der britische Premier MacMillan, nachdem er auf seiner Afrikareise bisher praktisch geschwiegen hatte. Er gab damit nicht nur seinen Kritikern unrecht, bewies hohen Mut und staatsmännisches Geschick, sondern er versetzte der bisher halbwegs salonfähigen Rassentrennung in Afrika den offiziellen Todesstoss im Namen des britischen Commonwealth.

Afrika wird nach dieser Rede nie mehr dasselbe Gesicht haben. Die «Cape Times» kommentierte: «Wir sind praktisch isoliert» und die Farbigen Afrikas jubelten.

Die grösste Wirkung dürfte aber die Rede nicht in der Südafrikanischen Union haben, sondern in der kommenden Zentralafrikanischen Föderation. In der Union sind 3 Millionen Weisse vorhanden, welche mit gutem Willen noch ein Zusammenleben mit den Afrikanern organisieren können; auch schon deshalb, weil sie sie auf einige Zeit hinaus noch kontrollieren.

Nicht aber in der Föderation: Das Verhältnis Europäer/Afrikaner ist in Südrhodesien (in tausend Einwohnern) 207:2420, in Nordrhodesien 72:2220 und in Nyassaland 8:2690. Total 287 000 Europäer und 7 330 000 Afrikaner. Das Verhältnis in der Union ist 1:4, in der kommenden Zentralafrikanischen Föderation aber 1:25.

MacMillans Abkehr von der Apartheidspolitik wird den Buren der Union, die an einen Austritt aus dem Commonwealth denken, Auftrieb geben.

Der Ausgang dieses Konflikts kann in der nördlich angrenzenden Föderation ungeahnte Folgen haben. Die weissen Siedler werden versucht sein, Südafrika bei einem Austritt zu folgen. Die gewaltige Mehrheit der Afrikaner hingegen wird jetzt erst recht im Commonwealth bleiben wollen. Es wird sich ein Wettlauf entwickeln: zwischen einer winzigen Minderheit weisser Siedler, welche das Land aus dem Commonwealth herausbrechen wollen, solange sie noch an der Regierung sind, und der gewaltigen afrikanischen Mehrheit, die mit jedem Tag mehr Einfluss gewinnt.

Diese Mehrheit wird sich von jetzt an bestimmt nicht mehr manipulieren lassen. Sollte die weisse Minderheit Entscheide erzwingen wollen, so müsste man mit blutigen Unruhen rechnen. Das Schicksal der Föderation wird dadurch entschieden werden, ob Premierminister Welensky (siehe Curriculum S. 2) staatsmännische Klugheit zeigt oder seine bisherige Linie weiterverfolgt.

BAUERN LEHNEN KOLCHOSEN AB

Tausende sowjetische Bauern sind aus Kazachstan in «entfernte Gebiete» strafdeportiert worden, weil sie sich nicht in den Arbeitsprozess der Kolchosen und Sovchosen einschalten wollten. In Südkazachstan, nahe der chinesischen Grenze, wird eine scharfe Kampagne gegen die «Parasiten» geführt; das Parteiorgan spricht offen von «Zwang».

Die Zeitschrift, «Partijnaja Schisn Kazachstana», beschwert sich darüber, dass es heute noch Bürger gebe, «die ihre eigene Wirtschaft erweitern, spekulieren und sich bereichern».

Vor drei Jahren habe man in Südkazachstan 10 000 solche «parasitische Elemente» festgestellt. Darauf wurden Hunderte von besonders geschulten Agitatoren eingesetzt, um die Bauern, die ihren eigenen Boden bearbeiten und ihr eigenes Vieh verkaufen wollen, zur Gemeinschaftsarbeit zu «erziehen».

«Neben den Ueberzeugungsmethoden wird in notwendigen Fällen auch Zwang angewendet», heisst es lakonisch in dem Bericht.

Es gebe aber auch «hartnäckige Fälle». Zweifellos sind diese Fälle sehr zahlreich, denn das Präsidium des Obersten Sowjets von Kazachstan musste sich eigens damit befassen. Es hat ein Dekret mit Gesetzeskraft erlassen.

Danach werden die verstockten Bürger, die nicht für den Staat arbeiten wollen, «auf Grund von Entscheiden kameradschaftlicher Gerichte für fünf Jahre in entfernte Gebiete deportiert».

Polen planten über die Grenzen

Vor einem Warschauer Gericht bewiesen sechzehn der Verschwörung angeklagte junge Leute und ihr 46 Jahre alter Anführer, dass das Freiheitsideal von Budapest aus dem Jahr 1956 auch in Polen weiterlebt.

«Polnischer Patriot, fordere die Unabhängigkeit des Vaterlandes und sei bereit zu ihrer Verteidigung», schrieben sie in einem Flugblatt. Sie gingen aber weiter. Nach der Warschauer Juristenzeitung «Prawo i Zycie» wollten sie einen gleichzeitigen Aufstand in Polen, der DDR, Ungarn und Litauen.

Mit Slogans wie «Das ewige polnisch-litauisch-ungarische Bündnis» bewiesen sie ein erstaunliches historisches Denken, trotz jahrelanger Bearbeitung durch revidierten Geschichtsunterricht. Besonders fällt die Aufnahme der deutschen Sowjetzone in den Plan auf.

«Prawo i Zycie» erwähnt weder detaillierte Pläne noch das Urteil. Doch die Erwähnung der Verschwörung ist schon für den Unterschied zwischen Polen und die anderen Satelliten bezeichnend. Dazu kommt, dass das Blatt die Angeklagten unter Zitierung psychiatrischer Gutachten in Schutz nimmt und sie als Opfer ihrer Zeit schildert.

Zuletzt greift es sogar das System an: Trotz zahlloser Vorschläge zur «prophylaktischen Erziehung» und «moralischen Betreuung der Jugend durch die Gesellschaft» sei gemessen am Tintenverbrauch «sehr wenig getan» worden.

INTERVISIO VON VIETNAM NACH OSTDEUTSCHLAND

Das östliche Gegenstück zur Eurovision, die «Intervisio», verbindet gegenwärtig die Fernsehnetze der Tschechoslowakei, Polens, Ungarns und der DDR; es soll bald auch auf die Sowjetunion und Rumänien ausgedehnt werden.

Die Direktion der Radio- und Fernsehorganisation des Ostblocks, OIRT, hielt in Budapest Ende Januar eine ausserordentliche Sitzung ab. Sie behandelte den weiteren Ausbau des Gemeinschaftsnetzes auf Albanien, Bulgarien, Rotchina, die Mongolei, Nordvietnam und Nordkorea.

DER KLARE BLICK

17. Februar 1960

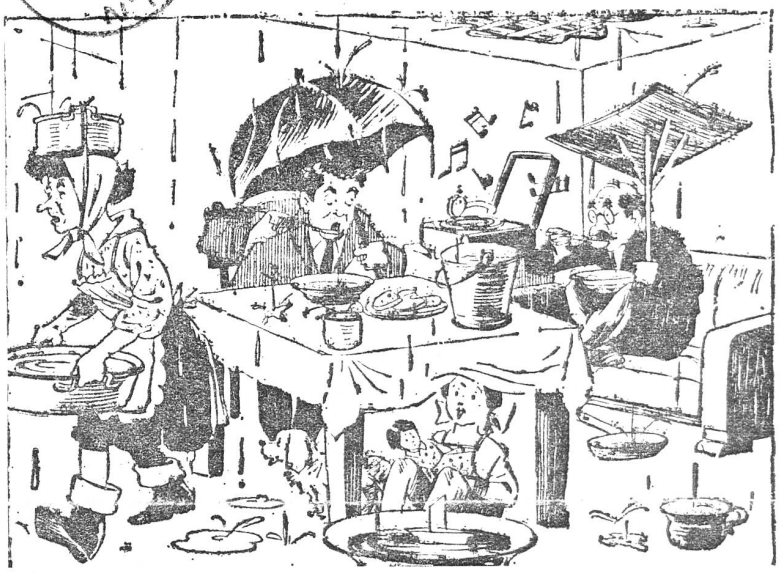
Unser Memo

Der britische Aussenminister Selwyn Lloyd erwiderte auf Angriffe der Labouropposition gegen die nukleare Bewaffnung der westdeutschen Bundeswehr mit der längst fälligen Warnung, man solle sich mit der in verschiedenen westlichen Ländern mit allen Mitteln geführte Hasskampagne gegen Westdeutschland nicht leichtfertig identifizieren. Ueber den Aufbau und die Quelle dieser Kampagne sagte er nicht viel. Es war auch nicht seine Aufgabe im Rahmen der Debatte. Interessant ist es aber trotzdem. Initiant ist die DDR, die im Auftrage des Ostblocks in Handel und Politik auf der ganzen Welt als der grosse Konkurrent der Bundesrepublik eingesetzt wird. England, mit seiner oft etwas skurrilen Auslegung des Fairplay, immer bereit, auch der anderen Seite Gehör zu schenken, erwies sich in letzter Zeit als besonders anfällig. In England laufen seit Monaten zahlreiche DDR-Filme, Freundschaftsmissionen werden ausgetauscht — so zwischen der von den Nazis bombardierten Stadt Coventry und der von den Amerikanern bombardierten Stadt Dresden. Die langfristige Arbeit bringt heute ihre Früchte. Ueberall, wo die DDR Handelsmissionen hinschickt, fördert sie die schleichende Propaganda gegen Westdeutschland. Die Mittel sind nicht immer fein. Im Sudan herrscht offizielle Missstimmung gegen die ostdeutschen Delegationen. Eine solche von 30 «Geologen», die Nilwasserprobleme studieren sollten, umfasste bei näherem Zusehen nur deren drei. Diese drei suchten jedoch, wie sich herausstellte, nach Uranium, das im Süden des Landes vorkommen soll. Die übrigen wurden erwischt, als sie in Kartum Taxichauffeure bestachen, damit sie Fahrgäste, die zur westdeutschen Gesandtschaft wollten, stattdessen bei der ostdeutschen Handelsdelegation absetzten. Weniger plump, aber mindestens so wirkungsvoll, verflicht die DDR das Thema «Hass gegen Westdeutschland» mit allen internationalen Begegnungen. Nur wenigen scheint dabei aufzufallen, dass sie von dem Teil Deutschlands kommt, der mit seiner Volkspolizei zuerst gefährlich aufrüstete, der in seinen Geheimdiensten zuerst alte Nazis aufnahm und dessen Bevölkerung heute das echteste und ununterbrochenste Bild marschierender Kommisstiefel liefert, das in der deutschsprachigen Welt besteht.

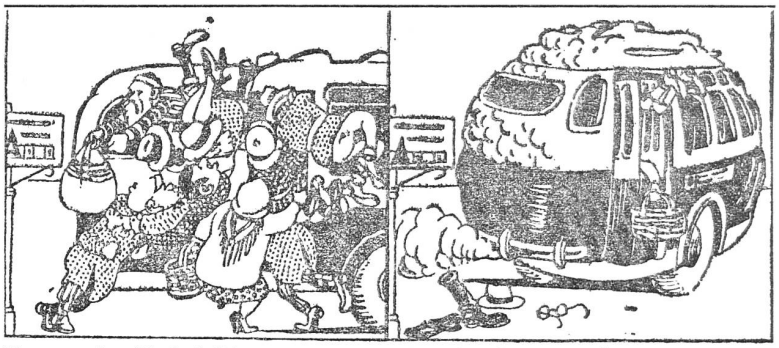
Sowjetmenschen wohnen und dulden

Die Sowjetunion hat in den letzten Jahren auf vielen Gebieten beachtliche Fortschritte erzielt. Auch im Wohnungsbau. Doch der Rückstand war so gewaltig — ein Zimmer für eine Familie war in den grösseren Städten die Norm — dass die Lage nur für die Begünstigten heute wesentlich besser ist. Die Vorschriften sind fortschrittlich. Ein deutscher Ingenieur beurteilte die Fertigungsmethoden für den Wohnungsbau 1959 als dem westlichen Stand überlegen. Aber er fügte hinzu, vorläufig herrsche bei der Produktion die Quantität noch vor; die Qualität werde nicht überall hochgehalten. Dieselbe Meinung hat die Sowjetpresse auch. Es wimmelt von Reklamationen wegen schlechter Qualität. Die Freude der Sowjetbürger über die endlich bezugsbereite moderne Wohnung wird bald gedämpft «durch wegfallende Türklinken, Böden, die sich verbiegen, undichte Dächer und schlechte Wasserleitungen». Und wenn die Wohnung in einem Aussenquartier ist, kommt das Problem der Transportdienste hinzu.

Die zwei nebenstehenden Karikaturen geben mit ihren trockenen Legenden, die sichtlich von allen Lesern verstanden werden, ein Bild von den tägl[illegible] Freuden der Sowjetm[illegible]



Kommunist (Armenien) — **Draussen regnet es ...**



Kommunist (Tadschikistan) — **Der Autobus ist nicht aus Gummi ...**

Diese Nummer und die nächste werden zur Werbung an eine grössere Zahl von Adressaten verschickt. Ein Einzahlungsschein liegt bei.

An[illegible] spinto

refusé

A.Z.

Sr. Marianne Borer
Kindergärtnerin
Pratteln / BL

orts. von S. 1

Informationen aus kommunistischen Quellen lassen vermuten, dass die Mittelmeerländer als geographische Einheit in allen Fragen der Zusammenarbeit und der Verbreitung kommunistischen Gedankengutes vermehrt dem «Konferenz»-Sekretariat in Athen zugewiesen werden. Die Organisation wäre damit dem «Solidaritätsrat der Afro-Asiatischen Völker» in Kairo gleichzusetzen, der Afrika mit Ausnahme des Nordens betreut.

Diese regionalen Organisationen, die der Verschiedenheit der internationalen Probleme Rechnung tragen, sind die eigentlichen Erben der früheren, starren Apparate, deren erster die 1919 von Lenin gegründete Komintern war, die 1943 von Stalin unter dem Druck der westlichen Alliierten aufgelöst wurde. 1947 wurde zur Koordinierung der kommunistischen Parteiarbeit die Kominform gegründet, welche 1955 aufgelöst wurde. Eine neue universale Organisation dieser Art ist kaum mehr zu erwarten. Regionale Organisationen scheinen an ihre Stelle zu treten. Dass Jugoslawien als Aussenseiter des Kommunismus häufig gegen Moskau opponiert, ist hier nicht ausschlaggebend. Die Querverbindungen laufen oft gegen jede Logik. So wurde der Solidaritätsrat in Kairo 1956 gegründet. 1958 überwarf sich Nasser mit Moskau. Heute noch spielt er wirtschaftlich den Westen gegen den Ostblock aus und unterstützt islamische Bewegungen, die recht eindeutig gegen den Kommunismus Stellung nehmen. Trotzdem arbeitet der Solidaritätsrat in Kairo mit ägyptischen Subventionen, sowjetischen und rotchinesischen Funktionären ungestört weiter.

Die Schweiz, die an zwei Mittelmeerländer angrenzt, muss die «Konferenz der Mittelmeerländer» beobachten. Zu den Mittelmeerhäfen laufen lebenswichtige Verbindungen, und die Zukunft Nordafrikas kann kein europäisches Land gleichgültig lassen.